

zeitung

für Rödelheim Praunheim Hausen Industriehof Westhausen

Nr. 9 | Sommer 2015

INITIATIVE BAHNHOFSGRÜN

Vielen Dank für die Blumen!

Politik heißt Gestalten. Das nehmen wir als Ortsbeirätinnen nicht nur ernst, sondern manchmal sogar wörtlich. So zum Beispiel auf der Dauerbaustelle Rödelheimer Bahnhof. Angesichts vergessener Trümmergrundstücke gründete sich eine engagierte Initiative.

Von Inge Pauls

Die Baustelle am Bahnhof Rödelheim zog sich und zog sich hin. Über Monate passierte nichts, große Pfützen während der Wintermonate bescherten den Rödelheimern vor allem auf der Westseite nasse Füße. Einige Bürger hatten Bretter ausgelegt, damit nicht durch den Schlamm gewatet werden musste. Als endlich die Treppen und Rampen fertig und der Platz gepflastert war, verdorrte das meterhoch gewachsene Wildkraut und bot den Rödelheimern, die beinahe täglich den Bahnhof queren, weiterhin ein Bild der Verwahrlosung. Da hatte man Millionen ausgegeben, um die Bahnhofunterführung und den

Baruch-Baschwitz-Platz neu zu gestalten, und dann blieb diese Fläche an der Ostseite in der Rampe als Trümmergrundstück liegen.

In Leserbriefen protestierten die Bürger, riefen zu Staudenspenden auf. Dies war Anlass für mich als Ortsbeirätin, das Grünflächenamt nach der Möglichkeit eines ehrenamtlichen

**EIN BAHNHOF
SOLL EIN ORT DER
BEGEGNUNG SEIN**

Engagements zu fragen, um die Grünfläche am Bahnhof zu gestalten. Die Antwort war sofort positiv; das lag daran, dass noch mindestens ein Jahr abgewartet werden sollte bis zur endgültigen Fertigstellung der Baumaßnahmen (noch immer wartet Rödelheim auf die Sanitäreanlage), außerdem sieht sich das – unterfinanzierte – Grünflächenamt nicht in der Lage, außer Bodendecker eine Gestaltung und Pflege finanzieren zu können.

So begann die Gruppe „Bahnhofsgrün“ zunächst mit Räumarbeiten. Daran schlossen sich längere Diskussionen der Gestaltung an. Die Entwicklung der Fläche zeigt: das hat sich gelohnt. Mit Hilfe des BUND, des Quartiersmanagement West, einer Fachberatung, eines social day der Firma Blomberg und zahllosen Stunden der ehrenamtlich arbeitenden Initiative ist inzwischen ein kleines Schmuckstück entstanden, das von allen Seiten Lob erfährt.

Die Zwischenzeit war allerdings nicht so problemlos: es brauchte Erfahrungen, was die Bodenverhältnisse hergaben. So gab es Kritik an der Tatsache, dass keine Beete erkennbar waren, dass die Gruppe zunächst mit dem vorgefundenen Bauschutt versuchte, eine Vegetation sich entwickeln zu lassen, es gab den Vorstoß der CDU im Ortsbeirat, der Initiative die Bearbeitung zu untersagen und die Bodendecker einzupflanzen. Der Beschluss im OBR gab dem Bahnhofsgrün noch ein Jahr „Bewährung“ – also bis zum Herbst 2015. Mit der weiteren Gestaltung in diesem Frühjahr ist diese Diskussion hoffentlich vom Tisch. Beim diesjährigen Neujahrsempfang des Ortsbeirats wurde die Initiative mit dem Stadtteilpreis ausgezeichnet und erfuhr so endlich die Anerkennung, die sie verdient.

Der Bahnhof Rödelheim, der bisher Ost und West trennte, sollte mehr sein als ein Ort des Wegfahrens und Umsteigens: er sollte erfahren werden als ein gemeinsamer Platz in der Mitte Rödelheims, der sich auch über verschiedene Veranstaltungen zu einem schönen Ort der Begegnung entwickeln könnte.



Engagiert

Ortsbeiratsarbeit bedeutet für uns nicht nur, Anträge und Anfragen zu schreiben, sondern vor allem auch, uns mit den alltäglichen Problemen in den Stadtteilen zu beschäftigen. Wo es möglich ist, bringen wir uns aktiv ein, mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenssituation, der Abhilfe offensichtlicher Mängel oder zumindest der Information der Bürgerinnen und Bürger. In dieser Ausgabe unserer Stadtteilzeitung stellen wir einige unserer Aktivitäten dar. Sprechen Sie uns an, wir setzen uns für Sie ein!

Barbara David-Webe & Inge Pauls

Visionen

Inge Pauls | In den „Visionen“ für unsere Stadtteile hatten wir in der Ausgabe 2013 unserer Zeitung auch über eine mögliche Nutzung des Rödelheimer Bahnhofsvorplatzes berichtet. Seitdem der Baruch-Baschwitz-Platz seiner Umgestaltung harrte und erkennbar wurde, was für ein wunderbarer Platz das ist, hat sich die Fraktion die farbechten/Die Linke im OBR 7 mit Vereinen und Interessengruppen eingesetzt für einen Wochenmarkt in Rödelheim. In der Stellungnahme Nr. 676 des Magistrats vom 4.5.2015 heißt es nun: „Der Standort des Rödelheimer Bahnhofs wird zur Abhaltung eines Wochenmarktes von der zuständigen HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH grundsätzlich positiv bewertet. Vorhandene Passantenfrequenzen sowie ein ausreichend großes Einzugsgebiet bilden für einen Marktbetrieb notwendige Voraussetzungen. (...) Der Magistrat wird weiter berichten.“ Zu den Voraussetzungen gehören Stromanschlüsse für die Anbieter. Diese wurden mit der OF 493/7 vom 20.01.2015 vom OBR fraktionsübergreifend beantragt. Die Antwort des Magistrats dazu: „... stehen für eine Finanzierung von Stromkästen keine Mittel im Haushalt zur Verfügung.“



Vor zwei Jahren musste die Initiative zunächst meterhohes Gestrüpp entfernen. Heute ist die einstige Brachfläche ein kleines Gartenschmuckstück.



die farbechten

DIE LINKE.

im Ortsbeirat 7

Der Müll, die Stadt und die Bürger

bdw | Illegale Müllablagerungen sind – wie in allen Stadtteilen – auch in unserem Ortsbezirk ein großes Ärgernis. In einem gravierenden Einzelfall, es handelte sich um massive Müllablagerungen zwischen REWE und der Bahnhof Westseite – die Ratten hatten sich dort bereits beheimatet – erhielt ich unbürokratische Unterstützung von einem Mitarbeiter des Amtes für Straßenbau, der die FES alarmierte. Festzuhalten ist, seit der Reinigung kam es an dieser Stelle nie wieder zu Müllproblemen.

Auf der Suche nach einer grundsätzlichen Lösung stieß ich im Internet auf die Stabsstelle Sauberes Frankfurt und las: „Sofern Sie Hinweise auf Stellen haben, die regelmäßig vermüllt sind ... sind Sie bei uns richtig.“ Bei einem Anruf machte der Mitarbeiter mir Hoffnung. Ich solle eine Liste aller illegalen Müllplätze erstellen, danach werde geprüft, wer für die Reinigung zuständig sei. Dies teilte ich bei einer Ortsbeiratsitzung mit und erhielt in Folge auch zahlreiche Anrufe von Mitbürger/innen.

Für die Stabsstelle Sauberes Frankfurt erstellte ich eine Liste mit illegalen Müllablagerungsplätzen im Ortsbezirk 7 und leitete diese

Ende März weiter. Bislang führte dies nur zu teilweisem Erfolg.

Gründe: Die FES und Frankfurt tipp-topp sind nicht dazu in der Lage, die Plätze so sauber zu halten, dass sie für Müllablagerungen „unattraktiv“ werden. Bürger/innen und auch Kleingärtner/innen scheuen sich nicht, Kaputttes bei günstiger Gelegenheit auf z.B. öffentlichen Wegen oder Parkplätzen zu entsorgen.

Dies ist, schlicht gesagt, nicht nur eine Umweltschweinierei, sondern auch Verschwendung unnötiger Energie, ein kostenfreier Anruf bei der FES und der Sperrmüll wird kostenfrei abgeholt: 0800 20080070. ◀

**Meldung illegaler Müllablagerungsstellen:
Telefon: 212-47787
E-Mail: sauberes-frankfurt@stadt-frankfurt.de**



Rödelheim, Bahnhof Westseite: Attraktiv für Müllablagerungen, aber nicht für die Anwohner und Bahnreisenden.

WC-Anlage: ein Schildbürgerstreich

bdw | Im Spätsommer 2013 erklärte der verantwortliche Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes die Neugestaltung der Ostseite des Rödelheimer Bahnhofs für erfolgreich abgeschlossen. Und in der Tat: die neu gepflanzten Bäumchen standen in Reih und Glied, ebenso die Fahrradunterstände mit ihren Reklametafeln. Nur eins fehlte: das Toilettenhäuschen, geplant im Zentrum des Bahnhofsvorplatzes, der Zugang aus Sicherheitsgründen gut einsehbar.

Nur wenige Monate zuvor waren die Ortsbeiratsmitglieder zur „Stabsstelle Öffentliches Toilettenwesen in Frankfurt am Main“ eingeladen worden. Die verantwortliche Mitarbeiterin schilderte geradezu begeistert von dem ansprechenden Design des geplanten WCs. Und nun: Beendigung der Neugestaltung, wo aber bleibt das Toilettenhäuschen?

Anfang November griff ich zum Telefon. Die Verantwortliche der oben genannten Stabsstelle gab es nicht mehr (Warum? Wieso? Keine Auskunft!), stattdessen eine offensichtlich überforderte Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, die mir mitteilte, sie sei nur eine Halbtagskraft, in keiner Weise eingearbeitet und ich solle mich bitte mit meinem Anliegen an den Leiter des Liegenschaftsamtes wenden. Dies tat ich auch und auch die folgenden Monate des Jahres 2014. Hier eine Auswahl der Auskünfte:

- Eine neue Fachkraft werde im Februar 2014 eingestellt, bis Anfang März hätte sie sich sicherlich eingearbeitet und könne mir dann Auskunft geben.
- Es müsse geprüft werden, ob nicht das Hochbauamt zuständig sei.
- Man hätte beschlossen, die WC-Anlagen an Hauptwache und Konstablerwache an erster Stelle der Prioritätenliste zu stellen.
- Da man festgestellt habe, dass die notwendigen Anschlüsse bereits gelegt seien, würde

man in Kürze mit der Installation beginnen.

- Da in Frankfurt noch andere Toilettenanlagen benötigt würden, würden demnächst insgesamt vier gleiche Modelle angeschafft und installiert werden.
- Bei einer Begehung mit dem für die Neugestaltung des Platzes verantwortlichen Architekten der Stadtverwaltung im November 2014: mit dem Aufbau des WCs werde höchstwahrscheinlich noch im gleichen Jahr begonnen, allerdings müsse vorher ein Fundament gesetzt werden.
- Januar 2015: die Mitglieder des Ortsbeirats werden von den neuen Mitarbeiterinnen der Stabsstelle ... (siehe oben) zum Termin gebeten: Es gäbe keine Unterlagen, aus denen hervorginge, wo sich die notwendigen Anschlüsse für die Installation der WC-Anlage befänden, deshalb müsse beim Stadtentwässerungsamt ein Antrag für deren Neuinstallation gestellt werden. Mit einer Fertigstellung sei im Oktober zu rechnen. Immerhin durften die Ortsbeiratsmitglieder schon mal anhand eines Prospektes das zukünftige Toilettenhäuschen aussuchen.

Mitte April konnte ich meine Neugier nicht länger im Zaum halten, ich griff wieder zum Telefon und es gab Neuigkeiten: Bei einer routinemäßigen Leitungsabfrage vor Erteilung des Auftrags an das Stadtentwässerungsamt musste man feststellen, dass Leitungen über die Stelle gelegt wurden, wo das WC aufgestellt werden soll. Das Toilettenhäuschen wird auf jeden Fall kommen, jedoch nicht schon im Oktober 2015, denn zuerst müssen die Leitungen der Netzwerke Rhein-Main noch anders verlegt werden.

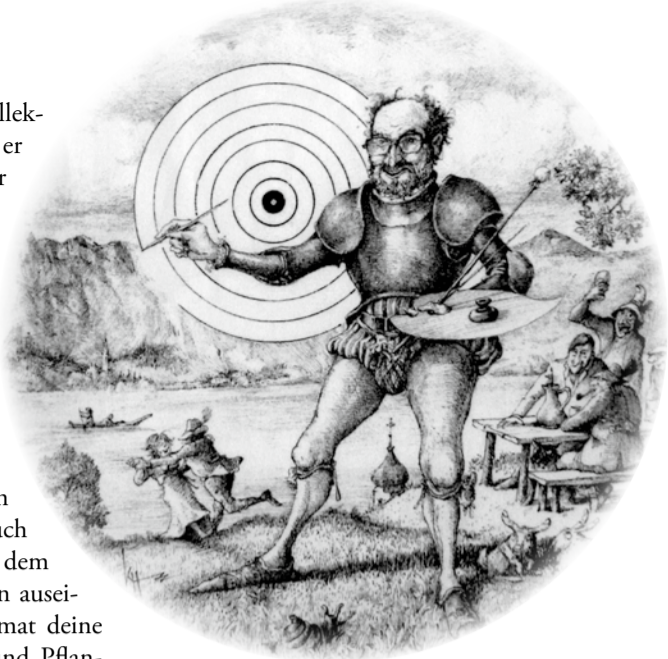
Was lernen wir daraus? Schilda ist überall und macht noch nicht einmal vor Rödelheim und vor den qualifizierten Architekten und Planern unserer Stadtverwaltung Halt! ◀

Kurt ..., wer?

Inge Pauls | Da war er aus dem kollektiven Gedächtnis geraten, obwohl er seinerzeit ein international bekannter und in Frankfurt allseits geschätzter Künstler, Werbegrafiker und Karikaturist gewesen ist. In den Wirtschaften schaute man gerne auf die Bierdeckel, um die neueste Geschichte von Schorsch und Schaa zu entdecken. Für die Apothekerzeitung arbeitete er genauso wie für den Vorwärts oder zuweilen für die Pardon. Noch bekannter waren seine Bücher: im ersten Schmunzelbuch „Disziplin ist alles“ setzt er sich mit dem Militär und seinen Kriegserfahrungen auseinander, es folgten „Johannes“, „Heimat deine Zwerge“, „Die phantastische Tier- und Pflanzenwelt“, „Tagebuch einer Minderjährigen“, „Zur Hölle mit den Paukern“, „Wer abschreibt, kriegt ne 5“ und vieles weitere mehr.

Kurt Halbritter, geboren 1924, wuchs in Westhausen auf, dem neu gebauten Arbeiterviertel, ging in die Kerschensteiner Schule, wurde in Praunheim firmiert und lebte nach Kriegseinsatz, Gefangenschaft und Ausbildung in Offenbach bis zu seinem Lebensende 1978 (nach einem Herzinfarkt) in Rödelheim gegenüber der Michael-Ende-Schule (früher Körnerschule). Und so konnte er nicht mehr in der Satirezeitschrift Titanic publizieren, die 1979 von Vertretern der Neuen Frankfurter Schule gegründet wurde und heute im Caricatura-Museum ihre Würdigung findet.

Es war eine Initiative der ehemaligen Leiterin der Stadtteilbücherei Rödelheim und dessen Förderverein zu verdanken, dass im Oktober 2012, 60 Jahre nach Kurt Halbritters Umzug nach Rödelheim, eine Ausstellung mit einer großen Vernissage diesen Künstler wieder ins Gedächtnis zurückrief. Pit Knorr stellte in seiner Laudatio Kurt Halbritter als einen überaus freundlichen Zeitgenossen vor, der „stillvergnügt“ und pfeiferauchend die Zeitgeschichte mit Bleistift und Pinsel scharf beobachtete und sezierete. Sein Buch „Adolf Hitlers Mein



Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Ulrike Painsi

Kampf“, das 1968 erschien, zeigte einen völlig neuen Blick in den Alltag der Anpassung und Unterwerfung unter der NS-Diktatur. Die Ausstellung in Rödelheim konzentrierte sich auf sein letztes, in den Räumen der Stadtteilbücherei von ihm selbst noch präsentiertes Buch „Jeder hat das Recht“, in welchem er Vorurteile, Spießigkeiten, Ausländer- und Frauenfeindlichkeit, soziale Ungerechtigkeiten und politische Skandale der 1970er-Jahre in der BRD aufspießte. So verstand er sich – als „Ritter“. So bildete er sich selbst ab – sein Schwert war die Zeichenfeder.

Mit einer großen Ausstellung im Caricatura-Museum wurde 2014 eine Renaissance fortgeführt, und nun soll in einem nächsten Schritt auch in Rödelheim die Ehrung sichtbar gemacht werden: nach Einwänden und Vorbehalten konnten Skeptiker im Ortsbeirat dann doch überzeugt werden, dass es gut ist, wenn im Rahmen des Projekts „Komische Kunst im Grüngürtel“ eine Skulptur und eine Kurt-Halbritter-Anlage am Blauen Steg an diesen Künstler dauerhaft erinnert. ◀

Frankfurt, die soziale Stadt?

bdw | In der Seniorenwohnanlage neben dem Sozial- und Rehazentrum West in Rödelheim gab es insgesamt 114 Wohnungen. Davon waren 80 Wohnungen sogenannte Sozialwohnungen, also Wohnungen mit einem günstigen Mietpreis, weil der Bauherr dafür Fördergelder, also Darlehen, von der Stadt oder dem Land erhalten hat. Sind die Darlehen abbezahlt, fallen die Wohnungen aus der Mietpreisbindung und der Eigentümer kann die Wohnungen zum marktüblichen Preis anbieten.

Die Wohnungen in der Seniorenwohnanlage waren kostengünstig, aber sehr klein und entsprachen nicht mehr den heutigen Ansprüchen, auch war die Wohnanlage selbst in die Jahre gekommen. Deshalb entschloss sich der Eigentümer, die Wohnheim GmbH, eine Grundsanierung vorzunehmen und gleichzeitig die Wohnungen umzubauen. Allerdings wartete man mit diesem Vorhaben, bis alle Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen waren, was weitreichende Folgen hatte: Nach Fertigstellung der Umbaumaßnahme gibt es nun 90 Wohnungen, davon sind lediglich sechs Sozialwohnungen!



Damit bricht die Wohnheim GmbH, die Eigentum der Stadt Frankfurt ist, den Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen, in dem vereinbart wurde, dass bei allen Neubauten – und als solches kann man die Totalsanierung der Seniorenwohnanlage ansehen – ein Drittel für Sozialwohnungen vorgesehen sein soll. Dies wären 30 Wohnungen für Seniorinnen und Senioren, die mit einer geringen Rente auskommen müssen und sich keine Wohnung mit einem Quadratmeterpreis von elf Euro leisten können. Wenn die stadteigene Wohnungsbau-gesellschaft sich nicht an diese Vorgaben hält, wie kann dies dann von privaten Investoren erwartet werden? ◀

Industriehof ohne Infrastruktur

Inge Pauls | Der Industriehof hat sich zu einem neuen Wohn- und Arbeitsviertel entwickelt. 1700 Menschen bei steigender Tendenz leben inzwischen hier, hinzu kommen ein paar 100 im Studentenwohnheim und knapp 6000 Beschäftigte in dem großen Bürokomplex, der nach Wegzug der Neuen Börse nach längerem Leerstand wieder genutzt wird. Nun fragen sich Anwohner und Arbeitnehmer, wo sie denn einkaufen können. Bedarf und Nachfrage sind vorhanden, der längst versprochene Supermarkt nicht. Auch die Verkehrsanbindung lässt zu wünschen übrig. Die Fraktion die farbechten/Linke hat nachgefragt und wartet auf eine Antwort des Magistrats. ◀

Westhausen – Kulturdenkmal im Verfall

Als Teil des „Neuen Frankfurt“ hat die Siedlung Westhausen eine herausragende Bedeutung. Doch dem einstigen Musterbeispiel für modernen Wohnungsbau droht der Verfall.

Von Inge Pauls und Martin Rasche

Das „Neue Frankfurt“ war ein Stadtplanungsprogramm, das 1925 bis 1930 vom Oberbürgermeister Ludwig Landmann vorangetrieben wurde. Es sollte einerseits die akute Wohnungsnot mildern, andererseits Frankfurt zu einer Großstadt weiterentwickeln. Mit Weitsicht berief er den in Frankfurt geborenen Architekten Ernst May (1886–1970) zum Siedlungsdezernenten, und dieser war mit zahlreichen berühmten Mitarbeitern wie Martin Elsaesser, Walter Gropius, Margarete Schütte-Lihotzky und einem Stab von 50 Architekten und Designern der Avantgarde verantwortlich für den Bau von 15.000 neuen Wohnungen. Dazu gehört auch die Siedlung Westhausen.

Die 1160 Wohnungen in Westhausen waren mit modernster Ausstattung – der weltweit ersten Einbauküche, fließendem Wasser und Bädern – eingerichtet. Sie sollten mit Licht und Luft für eine gesunde Umgebung sorgen – angesichts der Gesundheitsprobleme insbesondere der Kinder in den engen Wohnungen der Frankfurter Altstadt ein fortschrittliches Gegenkonzept. Jedes Haus hat einen Garten, darin konnte man sich sowohl erholen als auch ihn bewirtschaften. Auch ästhetisch gelang ein großer Wurf: die standardisierte Bauweise verzichtete nicht auf die sorgfältige Planung von künstlerischen Details. Und so waren die begehrten Wohnungen allesamt schnell belegt. Auch wegen der günstigen Mieten. Heute leben

»MIETEN GEHT NICHT MEHR, ABER SIE KÖNNEN GERNE KAUFEN.«

ca. 2300 Menschen auf nur 0,7 Quadratkilometer Fläche. Die Straßen tragen die Namen von Widerstandskämpfern wie Konrad Ege, Johanna Kirchner und den Geschwistern Scholl. So weit, so gut.

Aber das ist nur die eine Seite. Bereits 2012 schrieb die Frankfurter Rundschau von einer „toten Siedlung“ und bezog sich dabei auf einen Antrag der Farbechten/Linken im Ortsbeirat. Unsere Fraktion hatte darauf hingewiesen, dass es nach Schließung der kleinen Läden keine Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil mehr gab. Weitere Gemeinschaftseinrichtungen wie das Gemeindezentrum und das Bürgerhaus schlossen. Mit der Schließung der Arztpraxis und in



der Folge der Apotheke verödet auch der sogenannte Marktplatz am Westring vollends.

Zusätzlich begann einer der Eigentümer, die Nassauische Heimstätte (NH) mit dem Verkauf von Wohnungen, die bis dahin der Sozialbindung unterworfen waren. Die NH, Wohnungsbaugesellschaft mit ca. 60.000 Wohnungen, davon 16.000 allein in Frankfurt, gegründet mit explizit sozialem Auftrag, folgt dem Willen der Landesregierung, öffentliche Unternehmen zu privatisieren. Der schwarz-grüne Magistrat der Stadt Frankfurt, Miteigentümer, stützt diese Geschäftsstrategie; angesichts der Leerstände antwortet er am 18.12.2014 auf Anfrage des Linken-Stadtverordneten Peter Gärtner lapidar: „Häuser, die durch Auszug komplett leer stehen, werden veräußert. Die betreffenden Wohnungen werden aus diesem Grund nicht weitervermietet.“

Die Folge: Leerstand

Konkret: Im Haus Nr. 109 in der Geschwister-Scholl-Straße steht eine Wohnung seit 2006 leer – seit neun (!) Jahren verzichtet die NH auf Mieteinnahmen. Ebenso steht ein ganzes Haus in der Johanna-Kirchner-Straße 98 seit Ende 2009 leer. In der Geschwister-Scholl-Straße Nr. 111 ist die EG-Wohnung leer, der Mieter darüber würde gerne zumieten, der Antrag wurde abgelehnt. Ein Rohrbruch in einem unbe-

wohnten Haus wird erst sehr spät bemerkt. Die nicht vermieteten Häuser vergammeln. Gefragt nach der Zukunft der Leerstände gab es die zynische Antwort eines Mitarbeiters: „Die natürliche Fluktuation wird das für uns erledigen.“

Laut Frankfurter Neue Presse vom 14.1.2015 stehen aktuell rund 70 Wohnungen leer. Ein Unternehmen in mehrheitlich öffentlicher Trägerschaft verknappt auf diese Weise systematisch das Angebot von günstigem Wohnraum – und sorgt so indirekt für größeren Druck auf dem Wohnungsmarkt. Angesichts der Nachfrage nach Wohnungen für kleine Einkommen ein Skandal!

Die Wohnungen sollen vorzugsweise an die derzeitigen Mieter verkauft werden. Doch die Mieter kennen ihre Häuser, sie kennen den enormen Sanierungs- und Modernisierungsrückstand. Viele sind Alteingesessene, die sich keinen Hauskauf leisten können. Komplett leerstehende Häuser, zurzeit 17, werden in einem sog. stillen Bieterverfahren allgemein veräußert. Außerdem gibt es noch die Auflagen eines Denkmal-Schutzes, die Siedlung Westhausen ist schließlich ein Kulturdenkmal! Das macht die notwendige Sanierung zu einem schwer zu kalkulierenden Abenteuer. Der Siedlung Westhausen, dem einstigen Juwel des „Neuen Frankfurt“, droht der Verfall – und der Magistrat schaut weg. ◀

lich des Vorschlags, eine weitere Brücke (Steg) über die Nidda zu bauen, den sie von Anfang an abgelehnt haben: „Der Alarmschrei weist an der angedachten Stelle einen dichten Bewuchs auf und dient diversen Vogelarten als Brut- und Nahrungshabitat. Dieser Bereich ist als Landschaftsschutzgebiet, Zone II ausgewiesen. Die Errichtung einer Brücke würde neben dem flächenmäßigen Verlust an Ufergehölz eine Zerschneidung des Lebensraumes und eine dauerhafte Störung der vorhandenen Tierwelt durch Fußgänger- und Radverkehr bedeuten. Das Vorhaben kann deshalb nicht mit naturschutzrechtlichen Belangen in Einklang gebracht werden und wird vom Magistrat nicht weiter verfolgt.“

Liebe Praunheimer, am Kreisel ist zu sehen: „Gut Ding will Weile haben.“ ◀
Zitate entnommen aus dem Bericht des Magistrats vom 20.02.2015, B 75

Sonnensegel in Sicht?

bdu | Seit August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf die qualifizierte Betreuung ihrer Kinder unter drei Jahren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden im Rahmen des Sofortprogramms zahlreiche kleine Einrichtungen von sogenannten „Freien Trägern“ genehmigt. Daran gibt es nichts zu kritisieren, in diesen „Krabbelstuben“ fehlt jedoch häufig ein ausreichendes Außengelände, so dass die öffentlichen Spielplätze genutzt werden.

Der Löwenspielplatz im Brentanopark z.B. ist mit Spielgeräten für die Bedürfnisse von Kleinkindern ausgestattet. Was jedoch fehlt, ist ein Sonnenschutz über dem Sandkasten. Eltern und Betreuer machten uns auf diesen Mangel aufmerksam, und wir stellten im Juni 2012 einen entsprechenden Antrag, der im Ortsbeirat auch die notwendige Mehrheit fand.

Ende August teilte der Magistrat mit, dass zum Schutz des Sandkastens bereits Bäume gepflanzt worden seien, dass es jedoch dauere, bis diese ihre schattenspendende Wirkung entfalten könnten. „Um den beliebten und hoch frequentierten Spielplatz zwischenzeitlich mit Schatten zu versorgen, wird der Magistrat einen Sonnenschutz im Bereich des Sandkastens installieren.“ Dieses Vorhaben wurde für 2013 zugesagt, doch das Jahr verging, ohne dass der Sonnenschutz installiert wurde.

Zu Beginn des Jahres 2014 erfuhren wir bei einer Nachfrage von dem zuständigen Mitarbeiter des Grünflächenamtes, dass die Kosten für ein Sonnensegel für den Löwenspielplatz zwischen 6000 und 6500 € betragen, seine Abteilung jedoch angewiesen sei, aufgrund der Haushaltslage keine Neuanschaffungen und keine Ersatzbeschaffungen vorzunehmen.

Der Ortsbeirat bot auf unsere Initiative hin im Januar dem Magistrat an, die Hälfte der Kosten aus dem Ortsbeiratsbudget zu übernehmen. In einer Stellungnahme vom 30. März



teilte der Magistrat mit, dass er sich – trotz der finanziellen Unterstützung durch den Ortsbeirat – aufgrund der vorgesehenen Haushaltskonsolidierung nicht dazu in das Lage sieht, das Sonnensegel zu beschaffen.

Da wir möchten, dass unsere Kinder und Enkelkinder unbeschadet im Freien spielen können, konnten wir die übrigen Ortsbeiratsmitglieder davon überzeugen, dass die Kosten für den Sonnenschutz über den Löwenspielplatz vollständig aus Mitteln des Ortsbeiratsbudgets bezahlt werden.

Ein entsprechender Antrag wurde an den Magistrat gestellt. Der Umsetzung sehen wir mit Spannung entgegen. ◀

Planungswerkstatt Praunheim

Inge Pauls | Was ist eigentlich aus dem „Rahmenplan Praunheim“ geworden, nachdem er im Februar 2014 verabschiedet worden ist? Hier die vorläufige Bilanz:

Gründung einer Standortgemeinschaft: „Von der Gründung einer Standortgemeinschaft wird daher Abstand genommen.“ **Umgestaltung der Straßenräume:** „Aktuell besteht hierfür keine Handlungspriorität“ **Aufwertung der Fritz-Lennig-Anlage:** „Die Aufstellung von zusätzlichen Sitzgelegenheiten wird befürwortet. Die Finanzierung ist zu klären... Eine etwaige Neu- oder Umgestaltung wird von daher seitens des Magistrats nicht mit Priorität verfolgt.“ **Umgestaltung Straßenraum Alt-Praunheim und des Dalles:** „Die Beratungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.“ **Umgestaltung der Freifläche**

vor dem Pflegeheim: „Der Magistrat sucht das Gespräch ... Zu klären ist u.a., wer die Freiflächengestaltung plant und umsetzt und wer für die Wegesicherung zuständig ist.“ **Auftakt-situation im Umfeld der Praunheimer Werkstätten:** „... befinden sich in der Beratung.“ **Umnutzung Praunheimer Werkstätten:** „Die Beratungen zu einer möglichen Nachnutzung des Gebäudeensembles »Praunheimer Werkstätten« sind noch nicht abgeschlossen.“ **Umgestaltung Graebestraße/Platzgestaltung:** „Für die Erweiterung zu einer Platzfläche ist der Ankauf einer privaten Grundstücksfläche sowie der Abriss eines ungenutzten Nebengebäudes erforderlich.“

Einzige Freude für die farbechten/Die Linke und die Naturfreunde ist das Ergebnis bezüg-

Zusammenschluss gefährdet die Gesundheitsversorgung

Betriebsrat und Personalrat lehnen den Zusammenschluss des Klinikums Frankfurt-Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises ab.

Klaus Willkomm-Wierner | Voraussichtlich noch vor der parlamentarischen Sommerpause beabsichtigt die Frankfurter Gesundheitsdezernentin Rosemarie Heilig, eine Beschlussvorlage zum geplanten Zusammenschluss des Klinikums Frankfurt-Höchst (KFH) mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises (KMTK) ins Stadtparlament einzubringen. Startpunkt soll der 1. Januar 2016 sein.

Das Projekt des schwarz-grünen Magistrats basiert weitgehend auf einer von der Unternehmensberatung KPMG im Auftrag des Magistrats erstellten Analyse und dem entsprechenden Bericht, der seit Oktober 2013 vorliegt.

4 KEINE PERSPEKTIVE FÜR BESCHÄFTIGTE UND PATIENTEN

Der KPMG-Bericht (Titel: „Zukunftskonzeption der Kliniken des Main-Taunus-Kreises und des Klinikums Frankfurt-Höchst“) folgt weitgehend dem bekannten Muster, das man aus zahlreichen Unternehmensanalysen seit langem schon kennt. Hauptansatzpunkte sind regelmäßig Arbeitsplatzabbau, Outsourcing, Lohnsenkung, Beseitigung von Tarifverträgen und betrieblichen Sozialleistungen, so auch hier. Von einer Konzeption, die tatsächlich eine Perspektive für Beschäftigte und Patienten darstellt, kann also keine Rede sein.

Folgerichtig kamen Betriebsrat und Personalrat zu dem Schluss, „einen Zusammenschluss oder gar eine Fusion abzulehnen“. Grundsätzlich meinten sie: „Die Interessenvertretungen sind der Überzeugung, dass der Zusam-

menschluss nicht dazu führen kann und wird, dass die Kliniken in absehbarer Zeit schwarze Zahlen schreiben werden ... Die tatsächlichen Ursachen, die für die Misere in denen die Krankenhäuser sich befinden verantwortlich sind (Unterfinanzierung von Investitionen, Budgetdeckung, Unterfinanzierung durch Fallpauschalen und Verschwendung von Ressourcen, d. Verf.), werden nicht angegangen und werden deshalb weiter wirksam sein.“

Die Mogelpackung

Sozusagen als Drehbuch der Vorgehensweise wurde 2012 im Auftrag des hessischen Sozialministers Stefan Grüttner ein „Konzept für den Erhalt öffentlicher Klinikträgerschaften in Hessen – Unternehmenskonzept für einen Konzern öffentlicher Krankenhäuser“ erarbeitet. Autoren: die TK-Management GmbH (Geschäftsführer: Dr. Tobias Kaltenbach) und die Rechtsanwaltskanzlei Luther. Der Titel des Dokuments klingt zunächst einmal unverständlich, so als ginge es darum darzustellen, wie öffentliches Eigentum von Einrichtungen zur Daseinsvorsorge vor Privatisierung geschützt werden könnte. Tatsächlich stellt sich aber bei näherem Hinsehen heraus, dass wir es mit einer Mogelpackung zu tun haben. In Wirklichkeit geht es nämlich darum, den noch vorhandenen Einfluss der kommunalen Eigentümer auf die Ausstattung und Entwicklung der Krankenhäuser möglichst vollständig zu beseitigen, mithin um die Beseitigung demokratisch (nämlich durch Wahlen) legitimierter Einflussnahme!

Eben diesem Drehbuch folgt auch die Vorgehensweise der Akteure, die sich den „Zusammenschluss“ der KMTK mit dem KFH auf

ihre Fahnen geschrieben haben. Zu den oben genannten kamen noch dazu: der Frankfurter schwarz-grüne Magistrat, hier vertreten durch die Gesundheitsdezernentin Rosemarie Heilig, die Geschäftsführung des Klinikums Frankfurt-Höchst, vertreten durch Thomas Steinmüller, Michael Cyriax, Landrat des Main-Taunus-Kreises und die Unternehmensberatung KPMG, bei der Michael Cyriax früher beschäftigt war. Unseres Erachtens sind die tatsächlichen

Probleme in den Krankenhäusern nur lösbar, wenn durch politische Entscheidungen dafür gesorgt wird, dass die stationäre Gesundheitsversorgung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen erhält. Deshalb treten wir dafür ein, dass das Klinikum Frankfurt-Höchst wieder kommunaler Eigenbetrieb und gleichzeitig dazu verpflichtet wird, ausschließlich im Gemeinwohlinteresse und den Patientenbedürfnissen entsprechend tätig zu sein. ◀



Frankfurt braucht eine bessere Wohnungspolitik

Peter Gärtner | Gerade ist der neueste Frankfurter Wohnungsmarktbericht (als B 207 im PARLIS einsehbar) erschienen. Dort wird mit vielen Zahlen dokumentiert, dass der Frankfurter Wohnungsmarkt immer weiter aus dem Ruder läuft: Der Wohnungsversorgungsgrad ist seit 2007 kontinuierlich von 99,5 % auf 93,7 % in 2013 gesunken. Die Folge ist, dass die Mieten immer weiter steigen, die durchschnittliche Angebotsmiete lag 2013 bereits bei 11,27 €/m².

Die schwarz-grüne Stadtregierung hat diese Entwicklung schlichtweg verschlafen. Erst seit dem letzten Jahr gibt es Ankündigungen für ein Umsteuern. Durch neue Wohnbaugebiete sollen weitere Wohnungen geschaffen werden. Diese werden günstigenfalls in fünf Jahren zur Verfügung stehen, sodass der Wohnungsmarkt sich weiter zu Lasten der Mieter verschlechtern wird, da die Stadt gleichzeitig durch die Anwerbung immer weiterer Arbeitsplätze für ein Wachstum der Stadt sorgt.

Besonders zu kritisieren ist die Politik der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG. Diese baut überwiegend teure Mietwohnungen

und Eigentumswohnungen. In der Heinrich-Lübke-Siedlung wird mit teuren Wohnungen nachverdichtet, und ein Teil der Sozialwohnungen wird durch einen Belegungstausch an den Stadtrand verlagert. In der Siedlung im Fildchen ist die Sozialbindung abgelaufen. Jetzt saniert die ABG die Wohnungen und legt Kleinwohnungen zusammen. Die bisherigen MieterInnen werden sich diese Wohnungen nicht mehr leisten können. Letztlich werden sie vertrieben zugunsten neuer Mieter mit höherem Einkommen.

Die ebenfalls öffentliche Nassauische Heimstätte verfährt ähnlich. In Westhausen lässt sie eine größere Anzahl Wohnungen leerstehen, um die Häuser verkaufen zu können.

Die Linke im Römer hat immer wieder in Anträgen eine andere Wohnungspolitik gefordert. Diese Anträge wurden mit der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt. Die Folgen haben Sie zu tragen, durch immer weiter steigende Mieten und Kaufpreise für Wohnungseigentum.

Peter Gärtner ist planungspolitischer Sprecher für Die Linke im Römer ◀



Die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen treffen Patienten und Beschäftigte gleichermaßen.

IMPRESSUM UND KONTAKT

Herausgeber

die farbechten/Die Linke
Stadtteilgruppe Rödelheim, Praunheim,
Hausen, Westhausen, Industriehof und
Die Linke Fraktion im Römer

Redaktion

Inge Pauls (V.i.S.d.P.), Peter Gärtner,
Barbara David-Wehe (bdw)

Inge Pauls
Schenckstr. 66, 60489 Frankfurt
E-Mail: ingepauls@web.de

Barbara David-Wehe
E-Mail: barbara_david@web.de

Layout, Grafik

typokalisch frankfurt

Auflage: 10.000 Exemplare

Erscheinungsweise

unregelmäßig; ältere Ausgaben können
unter www.die-farbechten.de im Download-
Bereich als PDF heruntergeladen werden.

Fotos: die farbechten/Die Linke, sowie:
S. 2: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt,
© Ulrike Painsi (Halbritter); Shutterstock/
Alexander Kalina (Eurohaus);
S. 3: Shutterstock/AnjelikaGr (Sonne);
S. 4: Shutterstock/wavebreakmedia

Mitmachen

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe treffen sich
jeden ersten Donnerstag im Monat.

An jedem dritten Donnerstag im Monat findet
ein Stammtisch zum Kennenlernen statt.

Jeweils 19.30 Uhr, Rödelheimer Vereinsringhaus,
Friedel-Schomann-Weg 7, 60489 Frankfurt

die farbechten
DIE LINKE.



www.die-farbechten.de
www.dielinke-im-roemer.de